

Deutschland



Land der Nörgler?

Demokratie kann mühsam sein: Sie sichert die Teilhabe der Bürger, kann Entscheidungsprozesse aber auch in ein endloses Gezerre ausarten lassen. Bei den diesjährigen Benediktbeurer Gesprächen der Allianz Umweltstiftung ging es um die Frage, wie sich Bürgerengagement und die Funktionsfähigkeit eines modernen Staatswesens in Einklang bringen lassen.

FRANK STERN

»Bürgerbeteiligung heißt nicht, dass am Ende immer ein gesellschaftlich wünschenswertes Ergebnis steht.« Beate Jessel

Stuttgart 21 – Protest; Flughafen Frankfurt – Protest; Energiewende – alle dafür, Windparks und Stromtrassen – Protest. Landauf, landab das gleiche Bild: egal, wo sich ein Großprojekt anbahnt, der Widerstand folgt auf dem Fuße. Gut organisiert, grauhaarig, hartnäckig. Sind die Deutschen ein Volk der Nörgler, der Blockierer und Verhinderer? Das war die Frage hinter dem Thema der diesjährigen Benediktbeurer Gespräche »Bürgerwille gegen Großprojekte«. Dass die Antworten darauf bei der vom Geschäftsführer der Umweltstiftung, Lutz Spandau, arrangierten Runde nicht zusammengingen, war zu erwarten.

Die schwierigste Rolle hatte dabei wohl Claudia Roth, die als Bundesvorsitzende der Grünen sowohl die basisdemokratischen Wurzeln als auch die Realoqualitäten ihrer Partei zu verkörpern suchte. Sie plädierte für mehr direkte Bürgerbeteiligung, machte aber gleichzeitig deutlich, dass für sie in einer repräsentativen Demokratie das Parlament das Rückgrat der Entscheidungsfindung bleibt. »Ab einem Punkt muss die Politik entscheiden«, so Roth. Alle werde man nie unter einen Hut bekommen.

Eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen sie mit dem Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, einer Meinung war. Homann, unter anderem für den fairen Wettbewerb bei den Strom- und Gasversorgungsnetzen zuständig, beklagte allerdings auch die »Verweigerung von Verantwortung« bei vielen Bürgern. Abstrakte Ziele, wie Energiewende und der Ausbau des Stromnetzes seien gesellschaftlich unumstritten, sobald es aber an die konkrete Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene gehe, formiere sich Widerstand. Eigennutz vor Gemeinwohl also, und zwar »unabhängig von der Parteizugehörigkeit«.

»Quatsch«, konterte Roth da energisch. Dass der Netzausbau ins Stocken geraten sei, liege nicht an den Bürgern, sondern an den Energieunternehmen, die Investitionen in diesem Bereich als nicht lukrativ ansähen. Rückendeckung bekam Homann dagegen von Peter Schmitz, Vorstand bei der Fraport AG, der eine zunehmende Abwehrhaltung vieler Bürger gegen Veränderungen nach dem Motto: »Nicht vor meiner Haustür« konstatierte. Was beim Frankfurter Flughafen besonders

kurios anmutet, denn natürlich will jeder fliegen, nur eben ohne Flughafen und Fluglärm. Schmitz wird pro Monat von rund 1000 Beschwerdeführern aus der Umgebung mit 175 000 Protestschreiben gegen die neue Landebahn eingedeckt, die 2011 eröffnet wurde. Zudem wird jeden Montag im Flughafengebäude demonstriert – »ritualhaft wie eine katholische Messe«, so Schmitz.

Projektkiller Artenschutz

Anke Domscheit-Berg, Internetaktivistin und Mitglied der Piratenpartei, zeigte mehr Verständnis für die Bürgerwut und zitierte Untersuchungen, wonach Entscheidungsprozesse bei Großprojekten von vielen Menschen als intransparent erlebt werden. Bürgerbeteiligung sei häufig nichts als Etikettenschwindel, so Domscheit-Berg: »Oft wird nicht das Ob eines Projekts zur Diskussion gestellt, sondern nur noch das Wie.« Und auch das meist in einer Sprache, die ein Laie kaum verstehe. In Domscheit-Bergs Augen »Feigenblattpolitik«.

Auch Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, beklagte die mangelnde Transparenz vieler Projektverfahren. Die Planungen müssten ergebnisoffen gestaltet sein, die betroffenen Menschen frühzeitig einbezogen und für mögliche Nachteile ein angemessener Ausgleich geschaffen werden, so Jessel. Landschaftseingriffe durch Großprojekte tangierten eben auch Heimatgefühl und regionale Identifikation der Menschen. »Und diese emotionale Komponente muss man ernst nehmen«, hob die Professorin für Landschaftsentwicklung hervor. Allerdings verhehlte sie nicht, dass Natur- und Artenschutz zuweilen nur vorgeschoben sind, um unliebsame Projekte zu verhindern: Irgendeine gefährdete Tier- oder Pflanzenart, die man gegen den Ausbau des Flughafens, gegen S-Bahnen, Nationalparks, Wasserkraftwerke, Windparks oder Erdkabel ins Feld führen könnte, muss sich doch wohl finden lassen.



Anke Domscheit-Berg, Claudia Roth, Lutz Spandau, Beate Jessel, Peter Schmitz und Jochen Homann (v.l.) bei den Benediktbeurer Gesprächen

Mit der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung wird sich nach Ansicht von Peter Schmitz von Fraport das Beharrungsvermögen eher noch verstärken. Die demographische Entwicklung gehe mit einer Abnahme der Veränderungsbereitschaft im Lande einher, konstatierte der Manager. Der gut situierte »Wutbürger« habe dabei weder die Enkelgeneration, noch die Zukunft des Landes im Blick. »Ich bin nicht sehr optimistisch«, so Schmitzs Fazit. »Wir werden sehr unbeweglich.«

Anke Domscheit-Berg dagegen beobachtet vor allem im digitalen Raum die Entwicklung einer Bewegung, die sich nicht verweigert und nicht blockiert, sondern die sich einmischt, die mitgestalten will, und die sich auch durch verwaltungstechnische Hürden nicht abschrecken lässt. Welchen Einfluss die »Netz-Community« bereits hat, zeigte 2012 die Anti-ACTA-Bewegung, die nach den Worten von Domscheit-Berg eine Zensurinfrastruktur im Internet verhinderte, oder auch das von zivilgesellschaftlichen Gruppen initiierte Transparenzgesetz in Hamburg. Es verpflichtet die Behörden der Hansestadt, all ihre Informationen im Internet zugänglich zu machen – ein Novum in Deutschland.

»Bürgerbeteiligung heißt freilich nicht, dass am Ende immer ein gesellschaftlich wünschenswertes Ergebnis steht«, bremste Beate Jessel allzu viel Euphorie. In Baden-Württemberg etwa liegt die grün-rote Landesregierung gerade im Clinch mit dem Wahlvolk, das partout keinen Nationalpark im Nordschwarzwald haben will. In Nordrhein-Westfalen hat Bürgerwille die Einrichtung eines Nationalparks bereits verhindert. »Die Gefahr, dass sich die Menschen reflexartig gegen ein Projekt aussprechen, ist groß«, unterstrich auch

Jochen Homann von der Bundesnetzagentur. Und der hat damit einige Erfahrung.

Dabei treibt der Widerspruch zuweilen seltsame Blüten: Da formiert sich die Bürgerwehr in einer Region gegen das Verlegen von Erdstromkabeln, während die Menschen in einem anderen Bezirk vehement dafür eintreten, um Überlandleitungen zu verhindern. »Manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, dass Protest zum Geschäftsmodell für Gutachter und Anwälte geworden ist«, meinte Homann. Die Politik ist ihm in diesen Auseinandersetzungen bislang keine wirkliche Hilfe gewesen. Die größte Gefahr für die Energiewende sei die Uneinigkeit der Bundesländer über die Zukunft der Energieversorgung, so der Chef der Netzagentur. »16 unterschiedliche Meinungen addieren sich am Ende zum größten Unsinn. Wir leiden bei diesem Thema unter dem Föderalismus.«

Chefsache Energiewende

Claudia Roth, die bei Homanns Ausführung ihren Ärger kaum verbergen konnte, machte dagegen die Bundesregierung als Schuldigen der Wende-Misere aus. Es gehe nicht an, dass sich Umwelt- und Wirtschaftsministerium bei diesem Thema gegenseitig blockierten, sagte die Grünen-Politikerin: »Da braucht es Kohärenz, das muss Chefsache werden.« Da hatte sie Peter Schmitz ganz auf ihrer Seite. »Die Politik muss eine klare Linie vorgeben«, bekräftigte auch der Fraport-Vorstand.

Dass diese klare Linie der Politik nicht immer ausreicht, hat Roths Partei beim heiß umkämpften Prestigeprojekt Stuttgart 21 bereits schmerzlich erfahren müssen. Obwohl sich die Grünen eindeutig gegen das Bahnprojekt ausgesprochen hatten, wurde der Ausstieg des Landes bei einer Volksabstimmung 2011 mehrheitlich abgelehnt. Nun muss die von den Grünen geführte Landesregierung das Vorhaben umsetzen. »Da haben wir krachend verloren«, räumte Roth ein. Dass direkte Bürgerbeteiligung für eine lebendige Demokratie für sie dennoch unverzichtbar bleibt, daran aber ließ sie keinen Zweifel: »Auch wenn's manchmal wehtut.«

[HTTPS://UMWELTSTIFTUNG.ALLIANZ.DE](https://umweltstiftung.allianz.de)

»Manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, dass Protest zum Geschäftsmodell für Gutachter und Anwälte geworden ist.« Jochen Homann